

**7. Kommunikation, Diverses**  
2023/380

**Rolf Blatter** (FDP) erkundigt sich nach dem Zubringer Dornach, Birsquering. Er hat erfahren, dass das Projekt aus dem Agglomerationsprogramm abgemeldet wurde. Stimmt das?

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) bestätigt dies. Projekte, die nicht im vorgesehenen Rahmen realisiert werden können, müssen abgemeldet werden. Erfolgt dies nicht rechtzeitig, gibt es einen Malus, was ziemlich teuer ist. Es ist jetzt bereits offensichtlich, dass es absolut nicht möglich ist, dies in der vorgesehenen Zeit zu realisieren. Es handelt sich um einen formalen Akt, um keinen Malus im nächsten Agglomerationsprogramm zu riskieren.

**Rolf Blatter** (FDP) hat mit Patrick Leypoldt gesprochen. Baubeginn wäre vor Ende 2025. Das Projekt ist politisch umstritten, es sind zwei Gemeinden und zwei Kantone dabei, und es sei möglich, zwei bis drei Jahre herauszuschinden. Es läuft ein Mitwirkungsverfahren zur Linienführung und mitten in diesem Prozess wird die eine Variante abgemeldet. Das erscheint seltsam.

Die zweite Frage zum Hochleistungsstrassennetz: Es wurde eine Initiative eingereicht, es gab eine Vorlage, und es wurde darüber abgestimmt. Darin steht unter Abschnitt 5, dass der Regierungsrat während der Realisierung der Massnahmen mindestens halbjährlich Bericht erstattet. Der Redner hat bis jetzt keinen einzigen Bericht gesehen.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) führt aus, man habe festgestellt, dass es nicht realistisch ist, das Projekt zu realisieren – die angesprochene Variante ist diejenige, die Solothurn aus dem Richtplan gestrichen hat. Wenn es nicht im Richtplan drinsteht, ist das vorgegebene Zeitfenster nicht realistisch.

Zu den Hochleistungsstrassen: Der Redner vertritt die Ansicht, dass eine halbjährliche Berichterstattung dazu führen würde, dass es nichts zu berichten gäbe, jedoch viel Aufwand betrieben werden müsste. An einer Zusammenkunft vor den Sommerferien mit dem Präsidenten der Task Force Anti-Stau wurde vorgeschlagen, dass die Berichterstattung in die jedes Jahr erfolgende Berichterstattung über die Strassenentlastung integriert werde. Dies ergibt einen sinnvollen Rhythmus. Dies wird in die Gesamtschau integriert. Es wird eine nächste Sitzung geben. Der Vorschlag ist sinnvoll, nimmt das Anliegen ernst und es gibt einen sinnvollen Rhythmus.

**Rolf Blatter** (FDP) geht davon aus, dass der Landrat beschliesst und der Regierungsrat umsetzt und nicht die Frage ist, ob Letzterer dies gut finde oder nicht. Es müsste zumindest eine Anfrage ans Parlament gerichtet werden, wenn der Regierungsrat dies anders handhaben will. Selber zu entscheiden, dass dies nicht umgesetzt wird, weil man es nicht als sinnvoll erachtet, findet der Redner nicht demokratiefreundlich.

**Andi Trüssel** (SVP) erwähnt das Baugesuch für die Fahrenden, welches letzte Woche publiziert wurde und worüber gleichzeitig die Gemeinde Füllinsdorf informiert wurde. Es geht um den Platz Ergolz 1, der als Reserveplatz vorgesehen ist. Die Fahrenden sollen dort in den nächsten drei bis fünf Jahren zwischenparkieren können.

Es ist erstaunlich, dass die Gemeinde erst gemeinsam mit den Medien informiert wurde. Die Gemeinde wird gegen das Projekt Einsprache machen. Es hat zwei Industriebetriebe – die ARA und der Entsorger Marti. Dort stinkt es. In einem Gebäude hätte eine KITA integriert werden sollen, und die Industriebetriebe sagten, dies sei zu gefährlich. Es ist eine OEWA-Zone – vermutlich müsste ein Baugesuch vor den Landrat. Der Kanton sollte auf die Suche nach anderen Orten gehen. Es braucht Zufahrten für lange Wohnwagen. Es ist der falsche Platz.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) erklärt, die Standortsuche sei sehr schwierig, Es braucht drei Durchgangsplätze und einen Standplatz. Aktuell gibt es zwei Durchgangsplätze; bisher gab es keinen Standplatz. Seit Jahren ist man auf der Suche. Vorgesehen wäre ein provisorischer Standort, bis ein definitiver gefunden wurde. Die ARA soll erweitert werden, deshalb gibt es ein Ablaufdatum für den Standort. Für eine provisorische Zwischennutzung wäre der Standort akzeptabel. Deshalb wurde beschlossen, das Baugesuch einzureichen. Die Fragen müssen geklärt werden. Füllinsdorf

ist schriftlich Anfang August vorinformiert worden. Solche Plätze stossen nirgendwo auf Begeisterung. Wenn eine Gemeinde einen Standort akzeptiert, wäre es eine Vereinfachung, wenn der Kanton für den Betrieb zuständig wäre. Dazu müsste man vor den Landrat.

**Andi Trüssel** (SVP) erklärt, die Gemeinde sei vorher nicht informiert worden.  
Wie ist der Stand bezüglich Rheinstrasse Pratteln-Augst?

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) erklärt, es gebe ein öffentlich zugängliches Urteil. Das Kantonsgericht hat die Beschwerden zurückgewiesen an den Regierungsrat. Es läuft eine Rechtsmittelfrist. Der Regierungsrat wird das Geschäft beurteilen. Es ist interessant, das Urteil zu lesen. Der Redner kann nicht mehr darüber sagen.

**Andi Trüssel** (SVP) erkundigt sich nach der Zeitschiene.

**Thomas Eugster** (FDP) hakt nach, wann die nächsten Termine und Meilensteine seien.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) sagt, nach 30 Tagen sei das Ganze definitiv beim Regierungsrat. Über die Frist kann nichts gesagt werden. Das Ganze wird beförderlich behandelt. Es sind acht Beschwerden von Gemeinden, Grundeigentümern, Privaten. Es ist keine Prognose möglich, wie lange die Beantwortung dauert.

**Urs Kaufmann** (SP) hält fest, bezüglich Einsprachen müsse differenziert werden zwischen denjenigen gegen den Bau der Lohagstrasse und den anderen. Die Ersteren sind wichtig, damit diese Strasse gebaut werden kann.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) sagt, diejenigen gegen die Lohagstrasse seien beim Kantonsgericht geblieben.

Die Sitzung wird um 11.55 Uhr geschlossen.

---